

Lehrerversorgung, unbesetzte Stellen, Unterrichtsausfall: Was kann wer tun?

Dies war der Titel eines der Workshops der Jahrestagung der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (LEiS NRW) am vergangenen Sonnabend in Münster.

Jörg Packwitz, Leitender Ministerialrat im Schulministerium, gab zunächst einen Überblick über die derzeitige Lehrer-Einstellungssituation und die Engpässe in diesem Bereich: so konnten bis November diesen Jahres mehr als 20% der dringend benötigten Stellen an Gesamtschulen und Sekundarschulen nicht besetzt werden. (An den Gymnasien beträgt die Fehlquote übrigens nur 10%.) Eine kurzfristige Entspannung der Situation ist nicht in Sicht, denn, wie Packwitz sagte: der Lehrerarbeitsmarkt ist leergefegt und eine Lehrerin, einen Lehrer auszubilden dauert sechs Jahre.

Die Diskussionsbeiträge der Elternvertreterinnen und -vertreter machten deutlich, dass die regionalen Unterschiede dabei erheblich sind: Schulen an schwierigen Standorten und Schulen im ländlichen Bereich sind besonders betroffen. Sie finden kaum ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Dies gilt sowohl für Vertretungsstellen als auch für Dauerbeschäftigungsverhältnisse. Unterrichtsausfall, auch und gerade in Hauptfächern, ist damit unausweichlich.

Es ist Dampf im Kessel: Die Eltern sind nicht bereit, diesen Zustand dauerhaft hinzunehmen, denn, wie eine Mutter voller Empörung zutreffend beschrieb: „Wir können unsere Kinder ja nicht jahrelang einfrieren, bis wieder genügend Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen sind“.

So fordern die Eltern auch kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall wegen Lehrermangels wie

- eine verstärkte Steuerung der Lehrereinstellung zugunsten der stark unterversorgten Schulen durch das MSB
- bei Seiteneinsteigern eine Berufsqualifizierung, die nicht auf Kosten der Schulen geht
- die Eröffnung von Aufstiegsmöglichkeiten für engagierte Seiteneinsteiger
- die Erleichterung der Kapitalisierung von ausgeschriebenen, aber nicht besetzbaren Stellen
- eine verstärkte Abordnung und Versetzung von Lehrerinnen und Lehrer aus besser versorgten Schulen an stark unterbesetzte Schulen, auch über Schulformgrenzen hinweg.

Die Eltern erwarten von Schulministerin Gebauer und der Landesregierung, dass sie ihre Verantwortung für die beste Bildung aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von Wohnort und Schulform wahrnehmen und die rechtliche Instrumente schaffen bzw. nutzen, um eine gerechte Lehrerversorgung insbesondere auch für die Gesamtschulen und Sekundarschulen sicherzustellen.